

**Niederschrift über die Sondersitzung des Kreisausschusses am Mittwoch, dem
05.07.2023, ab 18:02 Uhr in der Kreisverwaltung in Burg, Bahnhofstraße 9, Haus 2, Raum
3.13**

Anwesenheit der Mitglieder des Kreisausschusses

Vorsitzende/r

Herr Dr. Steffen Burchhardt

CDU-Fraktion

Herr Hartmut Dehne

Herr Matthias Fickel

Fraktion AfD/Freie Wähler-Endert

Herr Jan Scharfenort

Fraktion DIE LINKE

Herr Dr. Thomas Trantzschel

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Herr Andreas Hille

Beigeordneter

Herr Stefan Dreßler

von der Verwaltung

Herr Henry Liebe

Frau Sabrina Rösler

Vertreter Kreissenorenrat

Herr Dr. Joachim Schröder

es fehlt/ fehlen:

Fraktion SPD/FDP

Herr Kay Gericke

entschuldigt

Herr Jörg Rehbaum

entschuldigt

Fraktion AfD/Freie Wähler-Endert

Herr Gordon Köhler

entschuldigt

Fraktion Wählergemeinschaften Jerichower Land

Herr Andreas Fischer

entschuldigt

Fraktion DIE LINKE

Frau Gabriele Herrmann

entschuldigt

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Herr Lutz Nitz

entschuldigt

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der fehlenden Mitglieder und der Beschlussfähigkeit
2. Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung
3. Einwohnerfragestunde
4. Abstimmung über die Niederschrift der Sitzung vom 31.05.2023 - öffentlicher Teil -
5. Antrag der Fraktion CDU - Auftragserteilung an den Landrat **AG/36/23**
6. Antrag der Fraktion AfD/FW-Endert - Resolution zur aktuellen Flüchtlingslage **AG/35/23**
7. Bericht des Landrates über wichtige Kreisangelegenheiten und Eilentscheidungen
8. Anfragen und Anregungen
9. Schließen des öffentlichen Teils
13. Wiederherstellung der Öffentlichkeit und Bekanntgabe der in der nicht öffentlichen Sitzung gefassten Beschlüsse
14. Schließen der Sitzung

Öffentlicher Teil

TOP 1

Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der fehlenden Mitglieder und der Beschlussfähigkeit

Der Landrat eröffnet um 18:02 Uhr die Sitzung und stellt die form- und fristgerechte Ladung fest. Ebenso stellt er bei Anwesenheit von sechs beschließenden Mitgliedern die Beschlussfähigkeit fest.

TOP 2

Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung

Der Landrat stellt fest, dass es keine weiteren Änderungsanträge zur Tagesordnung gibt und bittet um Abstimmung über die geänderte Tagesordnung.

Die Mitglieder des Kreisausschusses stimmen der geänderten Tagesordnung einstimmig zu.

beschlossen: Ja-Stimmen: 6 Nein-Stimmen: 0 Enthaltung: 0

TOP 3

Einwohnerfragestunde

Der Landrat stellt fest, dass keine schriftlichen und mündlichen Einwohneranfragen vorliegen.

TOP 4

Abstimmung über die Niederschrift der Sitzung vom 31.05.2023 - öffentlicher Teil -

Der Landrat stellt fest, dass es keine Einwendungen nach der Geschäftsordnung zur Niederschrift vom 31.05.2023 gibt.

Die Niederschrift wird einstimmig mit zwei Enthaltungen beschlossen.

beschlossen: Ja-Stimmen: 4 Nein-Stimmen: 0 Enthaltung: 2

TOP 5

AG/36/23

Antrag der Fraktion CDU - Auftragserteilung an den Landrat

Vorlage: AG/36/23

Der Landrat bittet die Vertreter der Fraktion CDU einleitend zur gemeinsamen Diskussion ihren Antrag nochmals kurz vorzustellen.

Es entsteht eine rege Diskussion unter den Fraktionen zum Thema Einführung von Sachleistungen im Landkreis und deren Möglichkeiten zur Umsetzung.

Herr Dehne stellt nochmal das Ansinnen des Briefes und damit den Inhalt des Antrages dar. Mit diesem offenen Brief an die Bundesregierung soll eine Veränderung der Asylpolitik auf Bundesebene angestrebt werden, welche im besten Fall Änderungen auf Kreisebene nach sich zieht.

Da in der allgemeinen Diskussion immer wieder angesprochen wird, die Versorgungsleistungen auf ein Minimum herunterzufahren um die Attraktivität des Landkreises für Asylsuchende zu verringern führt **Herr Hillmann** zur Residenzpflicht der Asylsuchenden aus.

Residenzpflicht bedeutet, dass jeder Asylsuchende, welcher Leistungen im Landkreis beantragt hat, auch verpflichtet ist, dort zu leben, um diese zu erhalten. Es ist daher nicht möglich, dass ein Asylsuchender sich in einem anderen Landkreis/Bundesland niederlässt, weil es ihm dort eventuell besser gefällt. Um seine Leistungen zu beziehen, wird er immer wieder in den Landkreis zurückgeschickt, welcher ihm zugewiesen wurde. Die Zuweisungen erfolgen durch das Land Sachsen-Anhalt und können nicht vom Landkreis gesteuert werden.

Der Landrat führt aus, dass der Landkreis sich an geltendes Bundesrecht halten muss. Die auf diesem Recht basierenden Ausreichungen an Asylsuchende sind festgelegt und können nicht individuell pro Landkreis angepasst werden.

Die anwesenden Fraktionen einigen sich darauf, sich generell über die Unterstützung des Antrages zu positionieren.

Herr Dr. Trantschel übergibt daraufhin eine Stellungnahme der Fraktion DIE LINKE zu den beiden vorliegenden Anträgen. Die Fraktion DIE LINKE lehnt beide Anträge ab (Anlage 1 zur Niederschrift).

Herr Scharfenort signalisiert die Zustimmung der Fraktion AfD/FW-Endert zum Antrag.

Herr Hille äußert Bedenken zu einigen Formulierungen des offenen Briefes. Bei einer allgemeineren Formulierung des Briefes signalisiert er die Zustimmung der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Herr Fickel bittet um Zuarbeit der anderen Fraktionen um einen Abgleich der gemeinsamen Schnittmengen vornehmen zu können und die Formulierung entsprechend anzupassen.

Der Landrat bittet nach Positionierung aller anwesenden Fraktionen um Stimmabgabe zur Überweisung des Antrages in die Sitzung des Kreistages am 29.08.2023.

Der Kreisausschuss überweist den Antrag der CDU mit der darin enthaltenen Auftragserteilung an den Landrat und nach Anpassung der Formulierungen wie folgt an den Kreistag:

überwiesen Ja-Stimmen: 4 Nein-Stimmen: 1 Enthaltung: 1

überwiesen Ja-Stimmen: 4 Nein-Stimmen: 1 Enthaltung: 1

TOP 6

AG/35/23

Antrag der Fraktion AfD/FW-Endert - Resolution zur aktuellen Flüchtlingslage

Vorlage: AG/35/23

Herr Scharfenort führt zum Antrag der Fraktion AfD/FW-Endert aus. Er geht auf die Unterschiede der beiden Anträge ein.

Nach den Ausführungen Herrn Scharfenorts entsteht eine fraktionsübergreifende Diskussion zum vorliegenden Antrag.

Im Rahmen der Diskussion schildert **Herr Hillmann** die Erfahrungen der Verwaltung zu Abschiebungen im Landkreis. Im vergangenen halben Jahr wurde eine Abschiebungsoffensive des Landkreises gestartet. Hierfür wurde ein Mitarbeiter von seinen anderweitigen Aufgaben befreit, um sich den geplanten Abschiebeverfahren zu widmen. Herr Hillmann berichtet ausführlich über die Ergebnisse und Schwierigkeiten dieser Abschiebeverfahren. Von 60 Abschiebeverfahren konnten lediglich sieben erfolgreich durchgeführt werden, davon vier im Zuge des Dublinverfahrens, welches lediglich ein transportieren der Person an eine Grenze, beispielsweise Österreich, vorsieht. Bei 30 Abschiebeverfahren konnten die Personen nicht angetroffen werden, die Zahlung von Sozialleistungen wurde an diese Personen daraufhin eingestellt.

Im Nachgang der Schilderungen durch Herrn Hillmann wird weiter fraktionsübergreifend rege diskutiert.

Herr Dreßler stellt klar, dass der Landkreis geltendes Bundesrecht zu beachten hat. Die Bedingungen vor Ort sind nicht maßgeblich, wie viele Asylsuchende dem Landkreis zugewiesen werden. Ein offener Brief an die Bundesregierung hält er daher für einen guten Weg.

Der Landrat bittet um Stimmabgabe zur Überweisung des Antrages in die Sitzung des Kreistages am 29.08.2023.

Der Kreisausschuss lehnt eine Überweisung des Antrags der Fraktion AfD/FW-Endert an den Kreistag wie folgt ab:

mehrheitlich abgelehnt: Ja-Stimmen: 1 Nein-Stimmen: 3 Enthaltung: 2

mehrheitlich abgelehnt: Ja-Stimmen: 1 Nein-Stimmen: 3 Enthaltung: 2

TOP 7

Bericht des Landrates über wichtige Kreisangelegenheiten und Eilentscheidungen

Der Landrat berichtet, dass der Landkreis eine Co-Förderung für den zweiten Ausbauschnitt des Breitbandnetzes im Landkreis in Aussicht gestellt bekommen hat. Er führt zum aktuellen Sachstand aus.

TOP 8

Anfragen und Anregungen

Herr Dehne weist auf die nach wie vor bestehenden Probleme im Landkreis durch den Ausbau der A2 hin. Er sieht einen Ansatz darin, Bauzeiten zu verkürzen, wenn sich bei Ausschreibungen nicht immer für den günstigsten entschieden werden müsste. Auch ein Belohnungssystem, wenn eine Baustelle schneller als vertraglich vereinbart fertig wird, hält er für denkbar, um lange Bauzeiten, wie auf der A2, zu verkürzen. Er bittet des Weiteren darum, ein Abfahrtsverbot mit Schrankensystem für manche Ausfahrten zu prüfen, ähnlich, wie es in anderen Bundesländern schon erfolgt ist.

Herr Dreßler berichtet, dass die Verwaltung dabei ist, ein Schreiben an die Autobahn GmbH aufzusetzen, in welchem um eine Geschwindigkeitsbegrenzung in der Baustelle auf 80 km/h gebeten wird. Bisher gilt hier eine Geschwindigkeitsbegrenzung von 100 km/h, was angesichts der schweren Unfälle, als nicht ausreichend angesehen wird. Das Schreiben wird der Niederschrift als Anlage 2 beigelegt.

Der Landrat betont, dass in allen Gesprächen, welche es zum Ausbau der A2 gab, der Landkreis immer auf die möglichen Probleme hingewiesen hat. Er führt aus, dass der Landkreis

jedoch keine Möglichkeit habe, Einfluss auf die Entscheidungen der Autobahn GmbH zu nehmen, sondern lediglich seine Bitten äußern kann.

Herr Scharfenort führt zu dem Thema Prüfrechte des Landesrechnungshofes bei kommunalen Beteiligungen aus, da die AJL einer entsprechenden Satzungsänderung nicht zugestimmt hat. Er bittet den Landrat geltendes Recht hier durchzusetzen.

Der Landrat berichtet, dass er in der Gesellschafterversammlung der AJL die Argumente des Landkreises vorgetragen hat, sich jedoch der Gesellschafter Remondis gegen separate Prüfrechte des Landesrechnungshofes ausgesprochen hat.

TOP 9

Schließen des öffentlichen Teils

Der Landrat schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 19:46 Uhr.

TOP 13

Wiederherstellung der Öffentlichkeit und Bekanntgabe der in der nicht öffentlichen Sitzung gefassten Beschlüsse

Der Landrat stellt die Öffentlichkeit der Sitzung wieder her und gibt bekannt, dass in der nichtöffentlichen Sitzung keine Beschlüsse gefasst wurden.

TOP 14

Schließen der Sitzung

Der Landrat schließt die Sitzung um 19:47 Uhr.

Dr. Steffen Burchhardt
Vorsitzende/r

Sabrina Rösler
Protokollführer/in

